№ 1209. Mittwoch, den 12. März. (Abend-Ausgabe.) 1862.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger



Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 11 Uhr 30 Min. Vorm.

Berlin, 12. März. Die ministerielle „Sternzeitung" bringt in ihrer heute ausgegebenen Nummer einen Leitartikel, in welchem sie den Thatbestand bespricht, welcher die Veranlassung zu der Ministerkrisis gab und die Gründe des Demissionsgesuchs des Ministerii aufführt. In dem Artikel wird die Nichtannahme dieses Gesuchs durch den König erwähnt, der, festhaltend an dem im November 1858 kundgegebenen Entschluß, durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses dem Lande nochmals Gelegenheit darbietet, zu beweisen, daß es gewillt sei, die den Allerhöchsten Intentionen entsprechende Politik einer mit wohlerwogenen Reformen besonnen fortgeführten Entwickelung zu unterstützen. Die Staatsregierung, indem sie an das Land appellirt, bleibt fest entschlossen, mit den durch das Interesse des Landes gebotenen Reformen vorzugehen. Wie dieselbe die Regulirung der Grundsteuer befriedigend gelöst, so glaube sie auch für demnächst beabsichtigte Reformmaßregeln einen weniger hartnäckigen Widerstand überwinden und einen befriedigenden Erfolg sichern zu können. Nach den lehrreichen Vorgängen der letzten Tage sollen alle besonnenen Männer dahin wirken, daß aus den nächsten Wahlen besonnene Abgeordnete hervorgehen. Dann — so schließt der Leitartikel — und nur dann, wenn ein solches Wahlresultat erzielt werde, besitzt das Land eine genügende Bürgschaft für die gedeihliche Entwickelung seiner Wohlfahrt, seiner Macht und seiner Freiheit.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 10. März, Abends. Der Gemeindegesetzentwurf hat die Kaiserliche Sanction erhalten.

Ragusa, 10. März. Es scheint, daß Bucalovich seine Bedingungen herabgestimmt habe. Omer Pascha hat den Befehl nach Zubzi zu marschiren, zurückgenommen. Bucalowich hat die Suttorina verlassen.

Petersburg, 11. März, Vormitt. Der heutige „Russische Invalide" sagt: Nach sechsjähriger Rekrutenfreiheit sei eine Vermehrung der Reserven nothwendig und daher im Laufe dieses Jahres eine Rekrutirung wahrscheinlich.

Paris, 11. März. Der heutige „Moniteur" meldet, daß die „Presse" wegen eines gegen den gesetzgebenden Körper gerichteten Artikels verwarnt worden sei.

Paris, 10. März, Abds. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer antwortete Baroche auf die Rede Darimons in Betreff des allgemeinen Sicherheitsgesetzes: Wenn ich Leidenschaftlichkeit in die Debatten bringen wollte, dann würde ich Thatsachen zur Kenntniß der Kammer bringen, von welchen die Justiz Kunde hat. Man hat ein Programm in Beschlag genommen, welches die Ueberschrift führt: Kein Kaiserreich! Keinen Kaiser! mit der Bestimmung, daß fortan nur der ausgezeichnetste Bürger den Staat erben solle. Der Minister hofft, daß die verhafteten Individuen sich rechtfertigen werden, andernfalls würden die Artikel 5 und 6 des Sicherheitsgesetzes zur Anwendung kommen.

Paris, 10. März. (H. N.) Marquis Pepoli ist zum Könige nach Mailand berufen.

— Der Herzog und die Herzogin von Brabant werden in Madrid erwartet. — Es ist die Rede von einer Werbung um die Hand der ältesten Tochter des Herzogs von Montpensier für den Grafen von Flandern.

Kopenhagen, 10. März. (H. N.) Der Reichsrath hat den Vorschlag des Präsidenten wegen Antrages an den König in Bezug auf die Ausschließung der schleswig'schen Abgeordneten Hansen-Grumby und Thomsen-Oldensworth heute in zweiter und letzter Berathung ohne Discussion mit 40 Stimmen einstimmig angenommen.

Genua, 10. März. Die Comités, welche Garibaldi zu ihrem Präsidenten gewählt, haben ihn beauftragt, von der Regierung die Rückberufung Mazzini's zu verlangen; sie haben den Grundsatz zur allgemeinen Abstimmung adoptirt und werden sich mit einer Petition an das Parlament wenden.

Die neuen Wahlen.

Das Haus der Abgeordneten ist gestern aufgelöst worden, weil die Majorität seiner liberalen Mitglieder es mit der Controle des Staatshaushaltes ernster genommen hat, als es den Ministern des Krieges und des Handels lieb sein mag. Die Auflösung ist eine Frage an das Land. Die neuen Wahlen werden die Antwort sein.

Es wird die Frage gestellt, ob die Majorität der preußischen Wähler auch ferner an den Grundsätzen und den Männern der Fortschrittspartei festhalten will. Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein, zumal die Fortschrittspartei im Grunde keine Partei, sondern die Gemeinschaft aller derjenigen Bürger unseres Staates ist, denen das Bewußtsein einer guten und gerechten Sache sowohl den unbeirrten Muth des Vorwärtsschreitens wie die freudige Hoffnung des endlichen Gelingens gewährt. Dabei übersehen wir sie keineswegs, die Schwierigkeiten, welche noch zu überwinden sind, und stets überwunden werden müssen. Den Menschen ist es überhaupt nicht beschieden, auf stets geebneten Bahnen zu wandeln; denn Freiheit und Wohlfahrt sind, wie ja auch die Erkenntniß der Wahrheit, nie ein in seliger Ruhe zu genießendes Gut; es muß stets neu und auf neu zu bahnenden Wegen errungen werden.

Die Fortschrittspartei, wenn wir sie doch so nennen wollen, mehrt sich täglich; denn immer deutlicher wird es auch den bedenklichen und rücksichtsvollen Freunden der fortschreitenden Entwickelungen unseres Volkslebens, daß die Feinde desselben nicht durch Nachgiebigkeit und Rücksichtsnahme zu gewinnen, sondern nur durch offenen consequenten Widerstand zu besiegen sind. Ja, wir dürfen annehmen, daß sogar unsere liberalen Minister beginnen, sich der Erkenntniß zuzuwenden, daß mit den Männern des Rückschritts nicht vorwärts zu kommen ist. Nehmen wir es als ein gutes Omen, daß sie schon jetzt von Herrn v. Bethmann-Hollweg sich getrennt haben, der zwar ein viel besserer Mann ist, als Eichhorn und Raumer es waren, der aber dennoch auf den Wegen seiner Vorgänger, halb wissentlich, halb unwissentlich, fortwandelte. Sie haben begriffen, daß nicht blos die Lehrer, daß auch kein aufgeklärter Mann im Volke mehr den Unterricht der Jugend, den Einfluß des Staates auf die Kirche in seinen Händen lassen will. Nehmen wir daher, wenigstens für den gegenwärtigen Augenblick einmal an, daß sie zur Auflösung des Abgeordnetenhauses nur darum geschritten sind, um zu erfahren, ob es denn der wirkliche und ernste Wille des Landes ist, daß Gewerbe und Handel, und, in diesem Augenblick das brennendste Interesse, daß unser Heerwesen in andere Hände gelegt werde, als in die der Herrn v. d. Heydt und v. Roon. Nehmen wir sogar an, daß vielleicht der Graf Bernstorff selbst es von dem Ausgange der neuen Wahlen will abhängen lassen, ob er mit Thaten oder ob er noch länger mit bloßen Noten deutsche und europäische Politik treiben soll.

Aber wenn wir auch alles dies nicht annehmen dürfen — und es ist in der That eine etwas kühne Annahme — so werden wir nichtsdestoweniger mit ganzer Kraft die neue Wahlarbeit beginnen und vollbringen. Denn wir wissen, daß wir nicht durch fremde Stärke, sondern nur durch eigene Schwäche und eigene Schuld unterliegen können.

Landtags-Verhandlungen.

17. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 11. März.

Lange vor der festgesetzten Zeit des Anfangs (10 Uhr) sind vor dem Hause auf dem Dönhofs-Platze zahlreiche Gruppen versammelt, eine etwas verstärkte Polizeimannschaft hält vor den Thüren des Hauses Ordnung, und die Tribünen des Sitzungssaales sind von 9½ Uhr ab vollständig besetzt. Auch die Diplomatenloge ist fast gefüllt, in der Herrenhausloge sind eine größere Anzahl Damen erschienen, in der Hofloge einige Offiziere. — Einen tragi-komischen Anblick gewährt der erste Blick in den Saal. Um den oft gerügten akustischen Mängeln abzuhelfen, ist die Rednertribüne nach der langen Wand unter der Uhr an die Stelle verlegt, wo vor sechs Jahren schon derselbe Versuch gemacht, aber in Folge des jähen Todes des ersten Redners an jenem Platze, des Abg. Otto, sofort wieder aufgegeben wurde. Die Verlegung der Redner-Tribüne scheint danach ominös für das Haus.

Die Unterhaltung der Abgeordneten in dem ebenfalls zeitig gefüllten Saale ist außerordentlich lebhaft, das Haus sehr vollzählig.

Einige Minuten nach 10 Uhr treten herein: die Minister v. d. Heydt, v. Patow, Graf Pückler, Graf v. Schwerin, v. Roon, v. Bernuth, und Graf Bernstorff; die Abwesenheit des Herrn v. Bethmann-Hollweg wird bemerkt.

Präsident Grabow giebt das Zeichen mit der Glocke; eine erwartungsvolle Ruhe verbreitet sich sofort im Hause. Der Präsident macht die üblichen Mittheilungen wegen der Führung des Protokolls und der Rednerliste und ertheilt hierauf dem Handelsminister — auf dessen schon vorher ihm kundgegebenen Wunsch — vor der Tages-Ordnung das Wort.

Minister v. d. Heydt erhebt sich und verliest folgende Erklärung:

„M. H.! Durch mein Schreiben vom 7. d. Mts. an Ihren Herrn Präsidenten hat das Haus der Abgeordneten davon Kenntniß erhalten, daß das Staatsministerium in den letzten Tagen mit wichtigen Berathungen beschäftigt war. Diese Berathungen waren eine Folge des in der letzten Sitzung dieses Hauses gefaßten Beschlusses.

„Das Staatsministerium hat geglaubt, in ernste Erwägung ziehen zumüssen, welches Verhalten ihm diesem Beschlusse gegenüber gezieme.

„Nachdem der Finanz-Minister in der entgegenkommendsten Weise eine Erwägung der gewünschten größeren Spezialisirung des Etats für das Jahr 1863 in Aussicht gestellt und hiernach um ein gleiches Entgegenkommen das Haus der Abgeordneten ersucht hatte, hat dasselbe dennoch den von dem Abgeordneten Hagen gestellten Antrag angenommen.

„Dieser Beschluß, wie man auch über das Recht des Abgeordnetenhauses und die materielle Tragweite dessen, was beschlossen worden, denken mag, bezeichnet in entschiedener Weise die Stellung, die das Haus der Abgeordneten der Regierung gegenüber einzunehmen beabsichtigt, und hat dem Staats-Ministerium nach gewissenhafter und ernster Berathung die Ueberzeugung aufdringen müssen, daß es in dem Hause der Abgeordneten nicht dasjenige Vertrauen besitzt und demgemäß nicht diejenige Stütze finden kann, deren es nothwendig bedarf, um die ihm anvertrauten Interessen des Königs und des Vaterlandes mit Erfolg wahrnehmen zu können.

„Diese Ueberzeugung mußte dem Staatsministerium die gebieterische Pflicht auferlegen, Sr. Majestät dem Könige die allerunterthänigste Bitte um seine Entlassung vorzutragen.

„Dies ist unter dem 8. d. M. geschehen. Se. Majestät der König haben aber auf diese Bitte einzugehen nicht geruht, dieselbe vielmehr mittelst Ordre vom 9. d. M. folgenden Inhalts abgelehnt:

„Auf den Bericht des Staats-Ministeriums vom gestrigen Tage gebe Ich demselben zu erkennen, daß bei dem Vertrauen, welches Ich demselben schenke, so wie bei der Achtung, in welcher dasselbe bei dem wohldenkenden Theile der Nation steht, Ich auf das Entlassungsgesuch desselben nicht eingehen kann. In Erwägung der Gründe, welche das Staatsministerium zu dem Antrage um Entlassung bewogen haben, sehe Ich den weiteren Maßregeln entgegen, welche dasselbe glaubt, Mir rathen zu müssen, um die Verwaltung Ihrer Aemter mit Erfolg zum Wohle des Staats fortführen zu können.

Berlin, den 9. März 1862. (gez.) Wilhelm.

An das Staatsministerium."

„Dieser Allerhöchsten Willensäußerung sich unterzuordnen, hat das Staatsministerium für seine unabweisliche Pflicht erachtet und demgemäß die weiteren Maßregeln in Erwägung gezogen, welche es Sr. Majestät zu rathen habe, um seine Aemter mit Erfolg zum Wohle des Landes fortführen zu können.

„Das Staatsministerium ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß nur ein einträchtiges und vertrauenvolles Zusammenwirken der Vertretung des Landes mit der Regierung Sr. Majestät des Königs dem Interesse der Monarchie entspricht. Indem es nun auch nach wiederholter, im vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit stattgefundener Prüfung der Verhältnisse sich noch zu der Annahme berechtigt hält, daß die Vorgänge in der Sitzung vom 6. d. Mts. den Beweis geliefert haben, daß diese Bedingung zur Zeit nicht zutrifft, hat das Staats-Ministerium Sr. Majestät dem Könige zunächst nur rathen können, von

Stadt-Theater.

*** Die Verzögerung des Gastspiels von Fr. Goßmann hat uns einen anderen Gast, den k. russischen Hofschauspieler Herrn C. Porth zugeführt, den wir gestern zum ersten Mal als Hamlet zu sehen bekamen. Diese Rolle giebt einem Künstler allerdings reiche Gelegenheit, die Mittel, die er besitzt und die Herrschaft, die er sich über dieselben angeeignet, zu zeigen. Ein Moment aber und wohl das wichtigste in der Beurtheilung schauspielerischer Leistungen fehlt uns hier; wir meinen die Möglichkeit, festzustellen, in wie weit der Künstler den Intentionen des Dichters in der Auffassung des Characters gerecht wird. Denn haben wir auch selbst eine bestimmte Meinung über die Absicht Shakespeares bei der Schöpfung dieses Characters, so wissen wir doch andererseits, daß die Erklärungen desselben immer noch zwischen ziemlich weiten Grenzen schwanken. So weichen wir denn auch in der Auffassung des Characters durchaus von der unseres Gastes ab. Wir vermögen das Stück nur zu verstehen, wenn wir in Hamlet einen Menschen sehen, welchen ein unglückliches Zusammentreffen philosophischer Speculation mit einer wesentlich phlegmatisch-sanguinischen Natur dazu verführt, das Bedenken der That gänzlich das Handeln überwuchern zu lassen, so daß energielose Reflexion den Grundtypus seines Wesens bildet, das, wenn auch höchst empfänglich für neue Anregungen, wohl nie in gewaltigen Worten aufzubrausen vermag, indessen sofort wieder die Thatkraft in der Erwägung aller Möglichkeiten erstickt und in Passivität versinkt. Herr Porth jedoch zeigte uns Hamlet — um den allerdings unzureichenden psychologischen Schematismus anzuwenden — als einen wesentlich cholerischen Character. Aufgeregt von den heftigsten Leidenschaften, befindet er sich in einer wahrhaft aufreibenden Hast der Bewegung. Es scheint, als wenn er den Augenblick der Rachethat nicht erwarten kann und sie dennoch verschiebt — wie wir zur Erklärung annehmen — um sie zur vollen Frucht sich entfalten zu lassen. Diese Ungeduld ist es dann, welche seine Reizbarkeit dauernd macht und so über alles Maß anspannt, daß der Unterschied zwischen dieser Stimmung und dem gänzlichen Verlust der Herrschaft über sich selbst, d. h. dem Wahnsinn, nur noch als ein quantitativer erscheint. Diese Reizbarkeit behielt Herr Porth gestern durchgehend bei, nicht nur in den Gesprächen mit den Höflingen, sondern auch in der zweiten Unterredung mit den Schauspielern, in denen er ihnen das Wesen ihrer Kunst auseinandersetzt, und in den Betrachtungen, die er in der Kirchhofsscene an Yoricks Schädel knüpft. Nur der Monolog „Sein oder nicht sein" trug eine andere Farbe.

Stimmen wir auch mit unserem Gaste nicht in der Auffassung des Charakters überein, so müssen wir doch einräumen, daß er die seinige consequent durchführte. Herr Porth bewies dabei zugleich, daß er eine bedeutende Routine mit recht glücklichen Gaben vereinigt. Er besitzt große Gewandtheit, ein sehr einnehmendes Aeußere und ein, wenn auch nicht starkes, doch im Ganzen wohltönendes und modulationsfähiges Organ, das nur beim schnellen Sprechen — vielleicht in Folge zufälliger Indisposition — einige Rauhigkeit hatte.

Die übrigen Rollen befanden sich fast alle in denselben Händen, wie bei der früheren Aufführung des Stückes am Schlusse des vorigen Jahres. Wir enthalten uns daher, auf Einzelheiten einzugehen, und zwar um so lieber, als wir im Ganzen durch die gestrige Aufführung nicht recht befriedigt sind. Claudius, unzweifelhaft die schwierigste Rolle im Stücke, hatte gestern in Herrn v. Moser einen neuen Repräsentanten gefunden. Derselbe hielt jedoch — abgesehen von der Maske — die Rolle so sehr farblos, daß selbst die Gebetesscene im vierten Akt fast wirkungslos blieb.

dem im Artikel 51 der Verfassungs-Urkunde vorgesehenen Rechte der Krone Gebrauch zu machen.

„In Folge dessen hat das Staatsministerium dem Abgeordnetenhause folgende Allerhöchste Verordnung zu verkündigen:

„Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc., verordnen auf Grund der Artikel 51 und 77 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 nach dem Antrage des Staats-Ministeriums, was folgt:

„§ 1. Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst. § 2. Das Herrenhaus wird hierdurch vertagt. § 3. Unser Staatsministerium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insiegel. Gegeben Berlin, den 11. März 1862.

Wilhelm.

von Auerswald. von der Heydt. von Patow. Graf Pückler.
Graf von Schwerin. von Roon. von Bernuth.
Graf von Bernstorff.

Der Minister verlas die Erklärung mit erregter, etwas zitternder Stimme; das Haus hörte lautlos zu; bei Verlesung der Königlichen Verordnung erhob sich die ganze Versammlung. Nach Schluß derselben sprach Präsident Grabow:

„Indem ich dem hohen Hause meinen Dank für die mir allseitig gewordene Unterstützung bei Ausübung des mir übertragenen Amtes ausspreche, schließe ich in Folge der so eben vernommenen Allerhöchsten Cabinets-Ordre die Sitzung dieser Legislaturperiode mit dem Rufe: Hoch lebe Se. Majestät der König!"

In das Hoch auf den König stimmte das Haus dreimal kräftig ein. Darauf trennte sich die Versammlung.

Vor dem Hause hatte sich inzwischen die Menge immer gemehrt und viele Leute wollten noch einen Platz auf den Tribünen suchen, als die Verhandlung lange vorüber war. Die Polizei hielt in bester Form Ordnung. Ueberhaupt war der Eindruck ein anderer als bei der Auflösung vor 13 Jahren; das Publikum war ruhiger, und andererseits standen nicht wie damals Reihen von Soldaten den Abgeordneten gegenüber, als diese das Haus verließen. Der Ernst der Stimmung freilich in den Kreisen der Abgeordneten ist nicht weniger tief als damals; man glaubte sich jetzt berechtigt, auf einen ungestörten Gang fortschreitender Entwickelung zu rechnen und die eingetretene Unterbrechung erweist diese Hoffnung als eine Täuschung.

Die bisherigen Abgeordneten werden schon bald in die Heimath zurückreisen; heute Abend findet noch einmal die gesellige Zusammenkunft im Arnim'schen Hotel statt.

---

9. Sitzung des Herrenhauses am 11. März.

Der Präsident Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Am Ministertische das gesammte Staatsministerium, mit Ausnahme des Herrn v. Bethmann-Hollweg. Die Tribünen sind ziemlich besetzt.

Minister v. d. Heydt unterbricht die geschäftlichen einleitenden Bemerkungen über Beurlaubungen u. s. w. mit der Erklärung, daß er eine Allerhöchste Verordnung mitzutheilen habe. Das Haus erhebt sich. Der Minister verliest die Verordnung, jedoch ohne die im Hause der Abgeordneten vorausgeschickte einleitende Motivirung. Der Präsident bittet die Mitglieder, dem Bureau Nachricht über ihren Aufenthalt während der Vertagung zu geben und schließt mit den Worten: „M. H. Wir scheiden und Gott segne den König und das Vaterland! Ich glaube im Sinne von Ihnen Allen zu sprechen, wenn ich den Ruf ausbringe: Se. Majestät der König lebe Hoch!" Die Versammlung bringt dreimal ein kräftiges Hoch aus und trennt sich darauf.

Erklarung.

In Folge der Auflösung des Abgeordnetenhauses ist eine von sehr zahlreichen Mitgliedern der Majorität vom 6. d. M. unterzeichnete Erklärung erlassen, welche uns zur Veröffentlichung zugeht. Dieselbe lautet:

„Als wir in das Haus der Abgeordneten traten, waren wir entschlossen, mit großer Mäßigung alle Schritte zu vermeiden, welche zu Zerwürfnissen innerhalb der liberalen Mehrheit des Hauses oder zwischen der Volksvertretung und der Regierung Sr. Majestät des Königs führen könnten, aber ebenso entschlossen, treu dem empfangenen Mandate des preußischen Volkes, das verfassungsmäßige Recht seiner Vertreter zu wahren und keinem Conflicte auszuweichen, der uns auf diesem Wege aufgenöthigt würde. Wir glauben unsere Pflicht erfüllt zu haben.

„Die Weise, in welcher bisher der Staatshaushalt geordnet wurde, machte das wesentlichste Recht der Volksvertretung, das Recht, die Einnahmen und Ausgaben des Staates zu bewilligen und zu überwachen, fast bedeutungslos. Denn nach der Annahme der letzten Jahre und nach der Auffassung der Regierung, welche sie in dem Gesetzentwurf über die Oberrechnungskammer geltend gemacht hat, ist dieselbe der Volksvertretung gegenüber bei der Verwendung der öffentlichen Gelder nur an die allgemeinen Titel und Summen gebunden, welche in den Hauptetat des Staatshaushalts aufgenommen und in der Gesetzsammlung veröffentlicht werden. Diese sind aber in den wichtigsten und kostspieligsten Verwaltungszweigen, vor allem in der Militärverwaltung, so groß und umfassend, daß sie den Ministern einen der Controle des Abgeordnetenhauses fast gänzlich entzogenen Spielraum und die Machtvollkommenheit gewähren, auch ohne und gegen den Willen der Volksvertretung tief eingreifende Einrichtungen zu treffen oder aufrecht zu erhalten.

„Um diese scheinbare Feststellung des Budgets zu einer wirklichen zu machen, führten wir einen Beschluß des Hauses der Abgeordneten herbei, nach welchen nicht nur die Nothwendigkeit einer specielleren Budgetbewilligung für die Zukunft ausgesprochen ward, sondern auch schon für das laufende Jahr in den bindenden Hauptetat diejenigen Summen aufgenommen werden sollten, für welche dies zur pflichtmäßigen Ausübung der verfassungsmäßigen Controle erforderlich und nach der Einrichtung des Kassen- und Rechnungswesens ausführbar erscheinen würde. Die sofortige Ausführbarkeit dieses Beschlusses hat sich auch bereits durch die Umarbeitung mehrerer Etats nach Maßgabe desselben in der Budget-Commission bewährt.

„Daß eine solche detaillirte Aufstellung des Hauptetats künftig unerläßlich sei, ward von allen Seiten anerkannt, und die Königliche Staatsregierung selbst stellte eine derartige Abänderung für die Zukunft in Aussicht. Dagegen widersprach sie derselben für dieses Jahr. Wir aber, die wir nicht über die Formen künftiger Budgets zu verfügen, sondern über den Inhalt des gegenwärtigen nach Pflicht und Gewissen zu beschließen hatten, wir durften uns nicht auf Wünsche beschränken, denen auch später schwerlich ohne die eigene Thätigkeit der Volksvertretung in genügendem Maße entsprochen werden wird; wir waren verpflichtet, die Mittel des Staates nur in einer Form zu bewilligen, welche die uns obliegende wirkliche Controle möglich machte. Wir durften, so weit es an uns lag, das verfassungsmäßige Recht des Volkes nicht zu einem wesenlosen Schein werden lassen. Wir mußten in Erfüllung unserer verfassungsmäßigen Pflicht das uns gebotene Mittel anwenden, um uns eine vollständige Darlegung und eine wirkliche Innehaltung des festzusetzenden Staatshaushalts in seinen einzelnen Positionen zu sichern. Es leuchtet außerdem ein, wie wesentlich gerade jetzt eine sehr spezielle Festsetzung des Militäretats war.

„Die Königliche Regierung hat die Fassung dieses Beschlusses, ohne seine praktische Durchführung in der Bearbeitung der einzelnen Etats abzuwarten, mit einer Auflösung des Hauses beantwortet. Wir haben unser klares, unzweifelhaftes Recht einer Budgetbewilligung in bindender Form ausgeübt und keineswegs in die Rechte der Executive eingegriffen. Wir haben keine unfruchtbare Opposition erhoben, keinen kleinlichen Streit gesucht. Wir haben in einer großen und wichtigen Angelegenheit das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung zu einer Wahrheit machen wollen. Wir erwarten mit gutem Gewissen das Urtheil des Landes.

Berlin, 11. März 1862."

v. Arnim, Aßmann, Bahn, Bauck, Dr. Becker, Behrend, Dr. Beitzke, Bellier de Launay, Bering, Dr. Bender, Berger, Dr. Bernhardi, Bertram, Bresgen, Bucholtz, v. Carlowitz, Caspers, Chomse, Coupienne, Dahlmann, v. Diederichs, Diesterweg, Duncker, Dr. Faucher, Förster, v. Forkenbeck, Forstmann, Frehsee, Frentzel, Dr. Frese, Gabcke, Gerlich, Gortzitza, Grotte, Haacke, Haebler, Hagen, Heidenreich, v. Hennig-Plonchott, v. Hennig-Dembowalonka, Hirschberger, Hölzer (Daun), Housselle, Frhr. v. Hoverbeck, Immermann, John, Kalau v. d. Hofe, Kerst, v. Kirchmann, Kleemann, Knoevenagel, Dr. Kosch, Krieger (Goldapp), Krieger (Berlin), Larz, Leue (Gummersbach), Lietz, Löwe, Ludewig, Dr. Lüning, Martiny, Mellien, Metzmacher, Michaelis, Mühlenbeck, Müller (Demmin), Müller (Arnswalde), Müllensieffen, Nücker, Oppermann, Papendieck, Parisius (Gardelegen). Parisius (Brandenburg), Dr. Paur, Pietzker, Post, Prince-Smith, Qual, Raffauf, Reichenheim, Reimnitz, Rei, Römer, v. Rönne (Solingen), Roepell (Danzig), Rolshoven, Runge, Dr. Rupp, Salfeld, v. Saucken (Gerdauen), v. Saucken (Tarputschen), Schanz, Schiebler, Schlick, Schmidt (Beuthen), Schmidt (Randow), Schmiedecke, Schneider, Schulze-Delitzsch, Schulze (Seehausen), Schumann, Schwarz, Servatius, Seubert, Soenke, Steinhardt, Steffan, v. d. Straeten, Taddel, Techow, Twesten, Baron v. Vaerst, Veldhusen, Virchow, Waldeck, Waldhausen, Westermann." (Weitere Beitrittserklärungen stehen wahrscheinlich noch in Aussicht.)

Deutschland.

⁂ Berlin, 11. März. Die Minister sind geblieben mit Ausnahme des Herrn v. Bethmann, die Kammer der Abgeordneten ist aufgelöst. Das Land soll nun durch die Neuwahlen entscheiden. In klarer würdiger Sprache haben heute die Männer der Majorität das Urtheil in die Hand ihrer Wähler gelegt. Das Volk wird sie durch sein Votum zu ehren, ihre Meinung durch die seine zu decken wissen. Das hofft, das erwartet jeder Patriot von den Wahlkörpern. Die heutige Sitzung im Abgeordnetenhause machte durchaus keinen peinlichen Eindruck. Im Gegentheil, man fühlte, daß auf allen Seiten der Conflict auf streng constitutionellem Rechtsboden ausgekämpft werden sollte, und das ist ein Fortschritt in der Entwickelung unserer politischen Verhältnisse, der nicht hoch genug gewürdigt werden kann. Die Haltung der Gruppen, welche vor dem Hause versammelt blieben, weil die Tribünen keinen Platz mehr übrig hatten, entsprach dem Vorgang im Innern. Mit Spannung aber ohne die geringste Verbitterung erwartete man den Ausgang der Verhandlungen. Die Bestätigung der Auflösung wurde mit einem Anflug von Humor und Bonhomie aufgenommen; im Uebrigen gaben sich nicht die geringsten Zweifel über den Ausfall der bevorstehenden Neuwahlen kund. Als die Minister das Haus verließen, machte man ihnen überall ehrerbietigst Platz. Die bekannten Männer der Fortschrittspartei wurden mit Hurrah und Hochs empfangen, ohne daß diese Dankdemonstration den geringsten Anstoß erregte. Die anwesenden Polizeibeamten zeigten einen wirklich rühmlich anzuerkennenden Tact in der Würdigung der Haltung des Publikums. Von Störungen war nicht die Rede; nicht die geringste Zurechtweisung war erforderlich. Das Publikum bezeugte seine loyale Achtung vor dem Gesetz der Mäßigung und die Aufsichtspolizei bewegte sich in den Grenzen, die der Intelligenz und dem richtigen Gefühl der Beamten das ehrendste Zeugniß ausstellten; dies sind Züge, die uns mit Hoffnung und Zuversicht für unsere Zukunft erfüllen können.

** Berlin, 11. März Die deutsche Fortschrittspartei hat gestern ein Central-Wahlcomité aus Abgeordneten aller Provinzen eingesetzt.

(Bank- und Handelszeitung). Man versichert, Se. Majestät der König habe in die Verstärkung des Herrenhauses durch 30 neue Mitglieder von mehr liberaler Richtung gewilligt und außerdem sich zu einer Reduction des Militairbudgets um 1—1½ Mill. Thlr. geveigt erklärt. Hierüber fehlt noch jede Gewißheit.

— (H. N.) Zur Geschichte der gegenwärtig hier schwebenden Krisis dürfte sich Folgendes mittheilen lassen: In dem Ministerconseil am Freitag, welchem außer sämmtlichen Ministern der Kronprinz beiwohnte, erklärten Graf Schwerin und Patow ihre Demission einreichen zu wollen, da sie den Beschluß des Hauses der Abgeordneten als ein Mißtrauensvotum betrachten müßten. Herr von der Heydt brachte dagegen gleichzeitig den Antrag ein, das Haus sofort aufzulösen. Nach längerer Discussion erklärte sich Herr v. d. Heydt aber bereit, seinen Antrag auf Auflösung zurückziehen und sein Budget dem Beschluß des Hauses gemäß einrichten zu wollen, vorausgesetzt, daß Graf Schwerin und Herr von Patow im Amte verblieben. Der Kriegsminister sprach sich dagegen auf das Entschiedenste dahin aus, unter keiner Bedingung das Kriegsbudget abändern zu wollen; er sei bereit entweder zurückzutreten, oder die Auflösung des Hauses zu beschließen; dem Beschlusse des Hauses könne er sich aber unter keiner Bedingung fügen. Da somit keine Einigung im Schoße des Ministerrathes zu erzielen war, so begaben sich der Kronprinz und Herr v. d. Heydt zu dem Könige, um ihn von diesem Ergebniß in Kenntniß zu setzen, und Se. Majestät beriefen die Minister auf Sonnabend Morgen um 11 Uhr zu sich. Inzwischen erließ Herr v. d. Heydt das bekannte Schreiben an den Präsidenten des Abgeordneten-Hauses, in Folge dessen derselbe die Vertagung der Sitzungen bis Dienstag anordnete.

Im Ministerconseil am Sonnabend unter dem Vorsitz des Königs und im Beisein des Kronprinzen sollen sämmtliche Minister ihre Demission eingereicht haben, die aber von dem König noch nicht definitiv angenommen wurde. Die Auflösung des Hauses mit einer Proclamation an das Volk, die Darlegung der zu befolgenden Politik enthaltend, soll dagegen bestimmt beschlossen sein. Es hieß, der König habe dem Prinzen v. Hohenlohe, dem Präsidenten des Herrenhauses, die Bildung eines neuen Ministeriums angeboten, derselbe habe aber den Auftrag sofort abgelehnt; auch ging die Rede, daß Herr Camphausen aufgefordert sei, den Vorsitz des neu zu bildenden Ministeriums zu übernehmen. Am 9., Mittags, hielt das Ministerium von 3 bis 5 Uhr wiederum eine Sitzung und man erzählt, daß die Umgebung des Königs große Anstrengungen mache, einerseits Se. Majestät zu einem mehr conservativen, andererseits zu einem liberalen Ministerium zu drängen.

— Die „Kreuzzeitung" berichtet: Herr v. Bethmann hat sich, wie verlautet, entschieden gegen die Auflösung der Zweiten Kammer ausgesprochen und die Bildung eines conservativen Ministeriums vorgeschlagen, weil das jetzige die Schwierigkeiten der Situation zu überwinden außer Stande wäre. Er hat in Folge des Beschlusses, der gegen seine Ueberzeugung ausgefallen, seine Entlassung eingereicht, — ein durchaus ehrenwerther Entschluß.

— Die „B. B.-Z." schreibt: „Dem Herrenhaus sollen, wie versichert wird, durchgreifende Reformen in liberaler Richtung bevorstehen und in Bezug auf sie Heeres-Organisation neue Vorlagen ausgearbeitet werden, die den Wünschen des Landes mehr Rechnung tragen. Es haben eingehende Berathungen darüber stattgefunden, ob man mit diesen Concessionen nicht vor das nunmehr aufgelöste Abegeordoetenhaus treten solle. Bei dieser Berathung behielt schließlich die Ansicht das Uebergewicht, daß sich darin eine Nachgiebigkeit manifestiren werde, die die Würde der Staatsregierung beeinträchtigen könne, und deßhalb wurde im letzten Augenblick beschlossen, dem Könige die Auflösung des Abgeordnetenhauses und eine Berufung an das Land zu empfehlen.

— Im „Arbeitgeber", welcher seit einiger Zeit von deutschen Officieren im activen Dienste zu Reformvorschlägen benutzt wird, ist der Vorschlag gemacht, die Cadettenhäuser aufzuheben, weil nur Treibhauspflanzen darin gezogen würden, die im Felde nicht aushielten und nicht einmal die nöthige Terrainkenntniß sich aneigneten. Statt deren solle man an Universitäten „militairische Facultäten" errichten. Der Offizierstand würde dadurch einen weit höhern Ueberblick und größere Selbstständigkeit erlangen.

— Der „Augsburger Allg. Z." schreibt man aus Paris vom 7. März: „Laut einer telegraphischen Meldung, welche aus der Insel Hyères bei der hiesigen preußischen Legation eingetroffen ist, trat in dem Befinden des dort weilenden Fürsten von Hohenzollern, Präsidenten des preußischen Ministeraths, plötzlich eine gefährliche Wendung ein. Der hohe Patient hatte sich unter jenem milden Klima schon sichtbar erholt, als die Anwendung eines wie es scheint unzweckmäßigen Mittels zur Linderung seiner langjährigen Krampfader-Leiden eine schwere Entzündung der Fußadern nach sich zog, welche einen höchst bedenklichen Charakter schnell annahm. Zwei der berühmtesten Praktiker unserer medizinischen Fakultät sind eilends dahin zur Consultation berufen worden, und gestern nach der Insel Hyères abgegangen."

— Die Berliner Allgemeine Zeitung meldet, daß Baiern und Württemberg gemeinschaftlich beschlossen hätten, den Handelsvertrag mit Frankreich nicht zu ratificiren.

Glogau, 10. März. (Nat.-Ztg.) Es tritt immer mehr hervor, daß die Flucht der Lieutenants v. Sobbe und Putzki eine wohl überlegte und lange vorher bedachte war. Es wird uns heute z. B. versichert, daß am Tage der Flucht gegen Abend der Festungs-Commandantur ein Schreiben zugestellt wurde, in welchem die Geflohenen anzeigen, daß sie die Haft nur deshalb verlassen hätten, um sich nach Berlin zu begeben, wo sie bei dem Kriegsminister um Beschleunigung des Prozesses bitten wollen. In diesem Schreiben sollen dieselben auch in einer mehr als eigenthümlichen Art über den Bruch des gegebenen Ehrenworts, welches dahin lautete, daß sie die Festung nicht ohne Begleitung eines Offiziers verlassen wollten, sich rechtfertigen. Sie behaupten, das Ehrenwort nicht zu brechen, denn Jeder von ihnen verließe die Festung in Begleitung eines Offiziers (d. h. Sobbe in Begleitung des Offiziers Putzki und umgekehrt). Am Donnerstag Abend soll von hier nur nach Berlin die Flucht gemeldet sein; am Sonnabend jedoch, nachdem das Divisionsgericht von derselben Kenntniß erhalten, wurden die Steckbriefe erlassen, die voraussichtlich ohne Erfolg sein dürften, da am Sonnabend früh ein Dampfschiff Hamburg verlassen hat. Einer der Flüchtlinge soll vor einigen Tagen eine namhafte Summe Geldes erhalten haben. Der Lieutenant Putzki soll eine Braut in New-York haben.

Frankreich.

Paris, 9. März. Die gestrigen Debatten im gesetzgebenden Körper machen einen tiefen Eindruck, und wenn auch die Regierung mit ihren auf Baroche's Commandowort durch Dick und Dünn gehenden 200 Bürgermeistern, die in der Versammlung für die Loyalität der Präfecten und die Aufrichtigkeit ihrer eigenen Wahlen mit Gut und Blut einzustehen bereit sind, über die Amendements von Jules Favre einen Sieg mit allen gegen fünf Stimmen feiern wird, so ist dies immerhin ein Sieg, den sie um den Preis der stenographischen Veröffentlichung nur zu theuer erkauft. Herr Baroche mag noch so lange der unwahrnehmbaren Minorität spotten, welche die fünf bekannten Deputirten in der Kammer bilden, dies wird alles nicht verhindern, daß die von ihnen mit Ausdauer verfochtenen Ideen mehr und mehr in der Nation wieder neue Keime treiben. Herr Guizot hat sich einige Wochen vor der Februar-Revolution wohl mit höherer Beredtsamkeit, schwerlich aber mit größerer Zuversicht auf seine Majorität gestützt, als die jetzt officiellen Vertreter der kaiserlichen Politik. Es wäre Thorheit, immer noch die Gefahren verkennen zu wollen, welche, wenn auch nicht für die nächste Zukunft, in dem Conflict liegen, der mit jedem Tage zwischen den allgemeinen Bedürfnissen der Nation und dem herrschenden Systeme deutlicher hervortritt. Man fängt in Frankreich effectiv an, sich zu dehnen und die Augen zu reiben. Darüber möge sich Niemand mehr Illusionen machen. — Die Redaction des Dotations-Projectes, welches an die Stelle der zurückgezogenen Palikao-Dotation treten soll, stößt selbst in den damit beauftragten Kreisen auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Der gesetzgebende Körper hat sich mit der modificirten Idee noch nicht recht befreundet. Für alle sonstige Nachgiebigkeit glaubt er we-

nigstens an dieser einen Opositions-Idee festhalten zu dürfen, und vielleicht kommt es der Regierung in Bezug auf viele andere Dinge nicht ungelegen, daß der gesetzgebende Körper sich etwas für diesen exclusiven Widerstand passionirt. — Die Berichte des Generals Delarue, General-Inspectors der Gendarmerie, welche direct an den Kaiser gehen, constatiren dieses Mal (bis zum 5. März), daß, nach den zusammengestellten Wahrnehmungen der Polizei, eine allgemeine Beunruhigung im Lande herrscht.

Paris, 9. März. Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers war ein Ehrentag der Opposition. Picard hielt den Schluß seiner Rede und Jules Favre folgte ihm, um zu zeigen, daß die jetzige Regierung mit der Presse, mit den Wahlen und mit den Gemeinderaths-Collegien eine wahre Verhöhnung der Principien von 1789 treibe, mit denen sie so oft coquettire. Baroche beging die Thorheit, in seiner ministeriellen Gegenrede alles mit Brillantfarben zu malen, was Favre schwarz gezeigt hatte. Baroche zufolge sind unter dem Kaiserreiche die Wahlen vollkommen frei. Picard pries daher diejenigen Journalisten, die noch den Muth ihrer Meinung bei dem jetzigen Willkürsysteme hätten. Julius Favre kam nun auf Foulds Bericht, auf des Kaisers Brief an den gesetzgebenden Körper und auf die Wirkung desselben im Lande, um zu zeigen, daß die Opposition conservativ, die Regierung revolutionär vorgehe, da sie an der Verfassung rüttle. Was das jetzige System in Betreff der Presse und Flugschriften anbetreffe, so sei es für die Regierung selbst gefährlich; im Uebrigen gebe es in Frankreich jetzt nur einen Journalisten, den Kaiser, alle anderen Journalisten müßten vor jedem Avertissement den Staub küssen, jedem Mitgetheilt ihre Spalten schweigend öffnen; die Verwaltung habe sich auf die Stelle des Richters gedrängt, und sie strafe nach Willkür bis zur Unterdrückung des Blattes, also bis zur Vernichtung von Privateigenthum. In Betreff der Wahlen behauptete Favre, dieselben seien nur noch Acte der Entsagung oder des Betruges, denn die Maires seien in der Regel diejenigen, die bei Wahlen vorher nur die Wahl hätten, entweder ihre Stelle zu verlieren oder ihre Leute so stimmen zu lassen, wie der Präfect beliebe. Schließlich erhob der Redner sich gegen das so genannte Sicherheitsgesetz, das ohne Zweifel nur darum so genannt werde, „weil es alle Welt beunruhigt".

Italien.

— Ein dem Könige vor ein paar Tagen zur Unterschrift vorgelegtes Decret betrifft eine Vermehrung der Artillerie. Dieselbe wird fortan 72 Batterien mit 432 Kanonen Feldgeschütz umfassen, nebst 8 Batterien mit 48 Depotkanonen.

— In Neapel wurde am 8. März, Abends, wieder eine Bombe geworfen, die bei Sta.-Brigitta platzte, ohne jedoch Schaden zu thun. Dieses Bubenstück wurde auch diesmal Veranlassung zu einer Kundgebung, indem die Bevölkerung die Straßen mit Lebehochs auf Italien und auf Garibaldi durchzog.

— Viel Aufsehen macht ein Artikel der Constituzione, die mit Recht für Cordova's Organ gilt; derselbe droht fast geheimnißvoll mit Enthüllungen über die wahren Gründe der Krisis, wenn Ricasoli's Vertheidiger ihrer Polemik nicht Einhalt thäten. Unter den unzufriedenen Majoritäts-Mitgliedern herrscht große Regsamkeit: Minghetti ist telegraphisch aus Bologna zurückgerufen worden und Lanza wird morgen seine Scharen mustern, nämlich in der Conferenz, welche über die zu beobachtende Haltung der Majorität beschließen soll.

Rußland und Polen.

Warschau, 8. März. Der Magistrat der Hauptstadt Warschau schärft aufs Neue die Bestimmung ein, daß jeder auswärtige Israelit für den Aufenthalt in hiesiger Stadt die sogenannte Tagzettelabgabe von 10 Kopeken täglich zu entrichten habe.

Danzig, 12. März.

* [Stadtverordneten-Versammlung am 11. März.] Vor der Tagesordnung wurde über die Seitens der städtischen Commune zu übernehmende Dünenstrecke von Bohnsack bis Nickelswalde verhandelt. Die Regierung übernahm nämlich im Jahre 1826 die erwähnte Strecke zur Festlegung. Nachdem diese factisch erfolgt und somit die Verpflichtung der Regierung erfüllt, ist es Aufgabe der Stadt, für die fernere Unterhaltung und Aufforstung des ihr eigenthümlich gehörigen Territoriums von ca. 4000 Morgen Sorge zu tragen. Der Magistrat beantragt zu diesem Zweck, auf Grund sachverständlichen Gutachtens des Herrn Oberförster Otto: 1) die Anstellung zweier Schutzbeamten für das Revier von Bohnsack bis Pasewark, sowie eine Remuneration der vorhandenen Beamten für größere Dienste in der Beaufsichtigung der weitern Dünenstrecke; 2) zur Anlegung von Samenbeeten, für Anpflanzungen 2c. die Summe von 2000 Thlr. Nach einer längeren Debatte wurden die beiden Anträge 1 und 2 mit der Aufforderung an den Magistrat angenommen, daß dieser die Uebernahme der bisher vom Fiscus verwalteten Dünenstrecke von Seiten der Stadt so schnell als möglich veranlasse. — Die Versammlung nimmt hierauf Kenntniß davon, daß das hiesige Marienkrankenhaus mit einer Forderung von 295 Thlrn., welche dasselbe für die ärztliche Behandlung von 25 Gesellen, die dem früheren Kassenverbande angehörten, von der Stadt im Wege des Prozesses verlangt, abgewiesen und in die Kosten verurtheilt worden ist.

Die Dorfschaft Strohdeich hat sich erboten, die beiden von Danzig dahin führenden Laufbrücken in Fahrbrücken umzubauen, wenn die Stadt einen jährlichen Beitrag von 50 Thlrn. zu den Unterhaltungskosten leisten wolle. Bei näherer Untersuchung dieses annehmbar scheinenden Vorschlages findet sich aber, daß der Mangel eines Fahrweges den Nutzen dieser Fahrbrücken illusorisch macht und daß der Bau einer fahrbaren Straße vor Allem seitens der Dorfgemeinde bewerkstelligt werden müßte. Der Beschluß der Versammlung wird endlich nach längerer Debatte nach dem Antrag des Herrn Damme dahin formulirt: daß man bereit sei zur Abtretung der beiden Brücken über den Stadt- und sogenannten Stagnetergraben zum Behufe ihrer Umwandlung Seitens der Dorfgemeinde Strohdeich in Fahrbrücken; auch solle ein jährlicher Zuschuß von 50 Thlrn. gewährt, der Contract jedoch vor dem definitiven Abschluß zur Einsicht der Versammlung gebracht werden; in dem letztern sei zu berücksichtigen, daß a) kein Brückengeld zu erheben sei, b) Strohdeich eine Fahrstraße längs des Dorfes und c) einen Durchlaß durch die Brücke über den Stagnetergraben anzulegen habe.

Die von der Baudeputation beantragte Vermiethung des ausgebauten früheren Nachtwachlokals (Mälzergasse 7) an einen Oberfeuerwehrmann für 12 Thlr. jährlich wird aus prinzipiellen Gründen abgelehnt; dagegen bewilligt die Versammlung für die Aufführung eines neuen Schuppens auf dem Bauhofe bei der großen Mühle, incl. des erhaltenen Brandgeldes von 750 Thlrn., der bereits früher angewiesenen 1400 Thlr. Bau- und 143 Thlr. Reparaturkosten, die Summe von 3050 Thlrn.; derselbe wird auf der Südseite des Bauhofes angelegt, um sich einen dadurch geschaffenen freien Platz für Schulzwecke zu reserviren.

Hierauf theilt der Herr Vorsitzende der Versammlung den Wortlaut eines vom Magistrat entworfenen neuen Regulativs für die künftige Erhebung des Schulgeldes bei den beiden hiesigen Realschulen 1. Ordnung mit. In einem Punkte desselben sind Magistrat und Schuldeputation nicht gleicher Ansicht. Es betrifft nämlich die Befreiung der Lehrer derjenigen höheren Schulen, an welchen dieselben arbeiten, von dem Schulgelde für ihre Söhne. Während die Schuldeputation dieselbe aus Billigkeitsrücksichten befürwortet, ist der Magistrat der Ansicht, daß eine solche Exemtion sich nicht rechtfertigen lasse, zumal die betreffenden Lehrer neuerdings so vortheilhaft gestellt seien, daß sie einer solchen Vergünstigung nicht bedürfen. Auch in der Versammlung ist man über diese Angelegenheit getheilter Ansicht. Während Herr Oberlehrer Tröger die Befreiung der 2c. Lehrer vom Schulgelde als ein Recht in Anspruch nimmt, das er aus der höheren Observanz herleitet, welche, in Folge der Bedingungen, unter denen das Ministerium die früheren hiesigen höheren Bürgerschulen zu Realschulen 1. Ordnung erhob, gewissermaßen ihre Bestätigung und fernere Giltigkeit erhalten, pflichtet Herr Dr. Liévin der Intention des Magistrates bei, bestreitet die rechtliche Beziehung, spricht sich aber auch gegen die Bestimmung in dem betreffenden Regulativ aus, nach welchem diejenigen Schüler aus der Schule verwiesen werden sollen, deren Eltern von 3 Monaten das Schulgeld restiren. Ebenso wünscht derselbe regulativmäßig, daß den Schülern zur Vermeidung von Täuschungen über gezahlte Schulgelder und Beiträge Quittungen zu behändigen sein sollen, und beantragt ferner, daß für diejenigen Eltern eine Ermäßigung in der Schulgeldzahlung eintreten möge, welche zu gleicher Zeit mehrere Kinder in dieselbe Schule schicken.

Herr Dr. Piwko, welcher für die Observanz in Betreff der Schulgeldbefreiung der Lehrer spricht, fühlt sich vom gänzlich unparteiischen Standpunkte noch verpflichtet, bei dieser Gelegenheit eine Thatsache zur Sprache zu bringen, welche im Publikum vielfache Klagen hervorgerufen hat. Die Eltern der Kinder höherer hiesiger Lehranstalten werden nämlich, trotzdem dieselben das für viele unter ihnen nicht unbedeutende Schul-, Sing- und Turngeld, sowie die halbjährigen Beiträge zahlen müssen, mehrfach in Contribution gesetzt, indem ihnen zugemuthet wird, zu Weihnachts- und Dominiksgeschenken für den Calefactor, zum Ankauf von Geburtstagsgeschenken, zur Wiederherstellung zerbrochener Fensterscheiben und Utensilien 2c. beizusteuern; ja es werden sogar Geldstrafen für vergessene Bücher 2c. von den Schülern eingefordert. Es sei dies ferner durchaus unstatthaft und durch einen § im Regulativ zu untersagen. Die Versammlung ist einstimmig derselben Ansicht. Da sich im Laufe der Discussion herausstellt, daß zur definitiven Feststellung und Genehmigung des betreffenden Regulativs noch verschiedene Erörterungen nothwendig sind, so wird auf den Vorschlag des Hrn. Damme eine Commission ernannt, welche dasselbe nochmals zu prüfen und darüber der Versammlung Bericht zu erstatten hat. In dieselbe werden die Herren Liévin, Piwko, Damme, Hennigs, Grabow und Tröger gewählt. Zum Bau der Grünenthorbrücke werden noch 600 Thlr. nachbewilligt und zum Schluß erstattet Hr. Schirmacher der Versammlung den Rechnungsbericht über das Aichungsamt und die Johannisschule.

* Nach der kürzlich abgeschlossenen Bevölkerungs-Liste der Civil-Einwohnerschaft im Danziger Stadtkreise, das heißt in der Stadt Danzig selbst und deren Vorstädten, sind im Jahre 1861 geboren worden 3264 Kinder, nämlich 1689 Knaben und 1575 Mädchen.

Es starben 2851 Personen, 1647 männlichen, 1384 weiblichen Geschlechts; und wurden also mehr geboren als starben 413. Unter den Gestorbenen waren todtgeborene 164; unter und bis 1 Jahr 1015; im Alter von 1 bis einschl. 10 Jahren 519; von 10 bis einschl. 30 Jahren 269; von 30 bis einschl 60 Jahren 500; von 60 bis einschl. 80 Jahre 326; von 80 bis 90 Jahre 50; über 90 Jahre 8.

Den Jahreszeiten nach starben vom Januar bis März 654; von April bis Juni 708; von Juli bis Septbr. 747; von Octbr. bis Decbr. 742.

Dem Familienverhältniß nach Unverheirathete und niemals verheirathet Gewesene 2062; Verheirathete 480; Verwittwete 309;

Getraut wurden 739 Ehepaare.

Im Jahre 1860 wurden geboren 3189 Kinder, also 75 weniger wie 1861.

Es starben gleichzeitig 2594 Personen, 257 weniger wie 1861 und wurden getraut 792 Ehepaare, 53 Paare mehr wie 1861.

* Von Herrn Dr. Liévin werden wir ersucht, Nachfolgendes zu veröffentlichen:

„Die mir in dem Briefe des Hrn. Dr. jur. Neumann vom 10. März (Danz. Z. Nr. 1208) zugeschriebenen Worte kann ich, als von mir gesprochen, nicht anerkennen. Der Antrag, die Petition zu erlassen, war begründet und von keiner Seite Einspruch dagegen erhoben worden: aus diesem Grunde konnte ich die Ansicht des Herrn Redners nicht theilen, welcher es für erforderlich hielt, den Antrag noch weiter zu vertheidigen. Eben so wenig konnte ich mich mit der Art und Weise einverstanden erklären, wie der Herr Redner die Vertheidigung führte: ich werde es stets für geeigneter halten, überzeugend auf den Verstand, als aufregend auf das Gefühl zu wirken. Zudem dürfte es doch fraglich sein, in wie fern die Rede dem wohlverstandenen Partei-Interesse wirklich zu nützen geeignet war. — Meinen Standpunkt der betr. Rede gegenüber kurz zu bezeichnen, hielt ich für nöthig, weil sich als Consequenz desselben ergiebt, daß ich die in dem Briefe mir zugeschriebene Meinung nicht ausgesprochen haben kann. Es thut mir leid, mich so undeutlich ausgedrückt zu haben, daß dadurch ein derartiges Mißverstehen möglich, — doppelt leid, daß es bei einem Mitgliede der Partei hervorgerufen wurde, mit welchem stets auf demselben politischen Boden zu stehen ich hoffe und wünsche.

Liévin."

* Der zweite Musikdirector unseres Theaterorchesters, Herr F. Behr giebt morgen zu seinem Benefiz die komische Oper: „Die Schwestern von Prag." Illustrirt wird diese Vorstellung noch durch zwei Arien, welche Frau Hain-Schnaidtinger aus Gefälligkeit singt, durch Zugabe eines einaktigen Schwankes und durch den von Frl. Ottmer getanzten El Ole. Wir wünschen, daß der Erfolg den Bemühungen des Benefizianten angemessen sein möge.

* Die Schiffszimmerleute haben, wie uns mitgetheilt wird, seit gestern die Arbeit auf den hiesigen Privatwerften wieder begonnen.

± Thorn, 11. März. Der Herr Handelsminister hat auf ein Gesuch des Magistrats die Anordnung getroffen, daß die Stadt und der Bahnhof durch einen telegraphschen Draht verbunden werden. Dem hiesigen Geschäftsverkehr ist damit ein wesentlicher Vortheil gewährt, namentlich dem Speditions- und Cerealien-Geschäft. Die Expeditions-Gebühren zwischen hier und dem Bahnhofe sind noch nicht festgesetzt; erst diese Tarifbestimmung, berechnet und angemessen der ¼ Meile Entfernung zwischen beiden Orten, wird die beregte Verbindung dem Verkehre nutzbar machen. — Die Witterung ist vollständig frühlingsgemäß. Am Tage heller und warmer Sonnenschein; am Sonnabend zeigte der Thermometer um 3 Uhr Nachmittag + 10 Grad R. Die Lerche ist schon seit acht Tagen hier. Die Passage über die Eisdecke, welche seit gestern Mittag für Fuhrwerke gesperrt ist, wird noch von Fußgängern ohne Gefahr benutzt, doch erwartet man beim Steigen des Stromes jeden Moment den Eisgang.

□ Königsberg, 11. März. Der Chemiker Dr. Dullo hatte im Handwerkerverein beantragt, zwei Mitglieder des Vereins, etwa einen Metallarbeiter und einen Holzarbeiter, auf Kosten der Vereinskasse resp. durch freiwillige Beiträge, zur Universal-Gewerbeausstellung nach London zu schicken, um sich daselbst sechs Wochen aufzuhalten, ihre gewerklichen Kenntnisse zu erweitern, und auch dem Verein nutzbar zu sein durch Berichte 2c. Die Kosten für jeden derselben waren auf 200, im Ganzen also auf 400 Rt. veranschlagt. In der gestern zur definitiven Beschließung über diesen Antrag festgesetzten Generalversammlung erklärte sich die große Majorität dagegen. Es wurde hervorgehoben, wie sich ein practischer Gewinn dadurch weder für die Leute, welche man dorthin sende, noch für den Verein erzielen ließe, wenn die dorthin geschickten Handwerker nicht zugleich auf längere Zeit in dortigen Fabriken und Werkstätten zu arbeiten Gelegenheit finden sollten. Selbst das Resultat bei der Absendung eines Mannes von allgemeiner Bildung, des Directors der Provinzial-Gewerbeschule Dr. Albrecht, zur Londoner Universal-Gewerbeausstellung im Jahre 1851 und zwar Seitens unserer polytechnischen Gesellschaft, sei für die letztere, obgleich sie ihren Deputirten mit größeren Mitteln ausgerüstet hätte, ein sehr geringes gewesen. Sehr viel besser würde man thun, so hieß es hier, sich gute Druckschriften über die Londoner Ausstellung anzukaufen, als sich auf die einseitigen Berichte solcher Leute zu verlassen, die selbst der dortigen Sprache unkundig wären.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 12. März 1862. Aufgegeben 2 Uhr 48 Min. Angekommen in Danzig 3 Uhr 21 Min.

	Letzt.	Crs.		Letzt.	Crs.
Roggen fest,			Preuß. Rentenbr.	98¾	99
loco	52⅝	52	3½ % Westpr. Pfdbr.	88	88
März	51¾	51⅞	4 % do. do.	—	98⅛
Frühjahr	51	51	Danziger Privatbk.	99½	—
Spiritus Frühjahr	17¾	17¾	Ostpr. Pfandbriefe	88⅛	88⅞
Rüböl, Frühjahr .	13	—	Franzosen	133½	132¾
Staatsschuldscheine	90½	90½	Nationale	61¼	60½
4½ % 56r. Anleihe	101¾	101½	Poln. Banknoten	84⅛	84
5% 59r. Pr.-Anl.	108	107¾	Wechselc. London	—	6. 21½

Fondsbörse animirt.

Hamburg, 11. März. Getreidemarkt. Weizen loco fest bei einigen Ankäufen, ab Auswärts unverändert. Roggen loco fest, ab Königsberg Frühjahr 86—87 zu haben. Oel stille, Mai 28, Octbr. 26½. Kaffee fest, 3000 Sack umgesetzt.

London, 11. März. Silber 61¾. — Regenwetter. — Consols 93⅜. 1 % Spanier 43. Mexikaner 34. Sardinier 81. 5% Russen 98½. 4½ % Russen 93.

Hamburg 3 Monat . . . . 13 Mk. 7½ ß.
Wien . . . . 14 Fl. 10 Xr.

Liverpool, 11. März. Baumwolle: 4000 Ballen umPreise gegen gestern unverändert.

Paris, 11. März. 3% Rente 70, 00. 4½ % Rente 97, 75. 3% Spanier 48. 1% Spanier 42⅝. Oesterreich. St.-Eisenbn.-Act. 503. Oester. Credit-Actien —. Credit mobil.-Act. 772. Lomb.-Esbn.-Act. 543.

Producten-Markte.

Danzig, den 12. März. Bahnpreise.

Weizen gut bunt, fein und hochbunt 125/26—127/28—129/31—132/34 ℔ nach Qualität 88½/90—91½/94—95/98½—100/104 Sgr.; ordin. bunt, dunkel und fehlerhaft 120/122—123—125/6 ℔ nach Qualität 75/80—82½—83⅓/85 Sgr.

Roggen 60½/60—59 Sgr. pr 125 ℔

Erbsen, Futter- u. Koch- 45/50—55/57½ Sgr.

Gerste kleine 103/105—110/12 ℔ von 35/37—41/42 Sgr.
große 108/109—112/16 ℔ von 38/40—41/43—44 Sgr.

Hafer 24/26 Sgr., guter und schwerer 27/28—30/31 Sgr.

Spiritus in guter Frage, 16⅓ Rt. bezahlt und Geld.

Getreide-Börse. Wetter: klare, aber kalte Luft. Wind: Süd-Ost.

Ungeachtet 75 Lasten Weizen an unserem heutigen Markte umgesetzt sind, zeigte sich im Allgemeinen für diesen Artikel doch nur wenig Aufmerksamkeit und Liebhaberei. Die bezahlten Preise sind gegen gestern unverändert gewesen. 123 ℔ hellfarbig fl. 490 pr 81 ℔; 127/8 ℔ alt bunt fl. 550; 129 ℔ roth fl. 555; 127 ℔ gut bunt fl. 560; 130/1, 131/2 ℔ bunt fl. 575 pr 85.

Roggen matt, fl. 358½, 360 pr 125 ℔. Auf Lieferung ohne Umgang.

Spiritus gefragt, 16⅓ Rt. bezahlt und Geld.

Hamburg, 10. März. Getreide. Weizen in loco fest, einiges ist für Portugal gekauft; ab auswärts unverändert und geschäftslos. — Roggen in loco fest, ab Königsberg 80 ℔ pr Frühjahr wird im Allgemeinen 86/87 Rt. Bco. gefordert. — Rüböl pr Mai 28 Mk. 2 ß., a 28 Mk. pr Oct. 26 Mk. 10 ß.. - Caffee animirt; umgesetzt 6000 S. Santos- schwimmend pr „Njord" und loco 2500 S. Laguayra- und 5000 S. Rio-.— Zink still.

Viehmarkt.

Berlin, 10. März. (B. u. H.-Z.) Auf heutigem Viehmarkt wurden aufgetrieben: 733 Stück Ochsen, 2576 Hammel, 1996 Schweine und 656 Kälber. Der Handel mit Rindvieh ging noch flauer als vorige Woche und mußten demnach die Preise ermäßigt werden, so daß nur sehr schwer 12—14—16—17 Rt. pr 100 ℔ bedungen wurden. Mit Schweinen war das Geschäft rege, jedoch ohne Preisänderung. Mit Hammeln und Kälbern lebhaft bei ermäßigten Preisen. Nach Hamburg wurden 65 Ochsen versandt.

Produktenmärkte.

Elbing, 11. März. (N. E. A.) Witterung: Thauwetter bei klarer Luft. Wind S.

Die Zufuhren von Getreide sind mäßig Mit Weizen ist es matt, Preise aber nicht niedriger. Roggen fest, zum Consumo ist über Notiz zu bedingen. Die Preise der übrigen Getreidegattungen sind unverändert geblieben. Spiritus höher.

Der Weg von Pr. Holland nach hier ist mit Schlitten nicht mehr zu passiren und für Wagen schwer fahrbar.

Bezahlt ist: Weizen hochbunt 125—136℔ 85 87—105 Sgr., bunt 124—130℔ 83 85—90 92 Sgr., roth 123—130℔ 80/82—90 92 Sgr., abfallend 119—129℔ 68 70—82 84 Sgr. — Roggen 120/27℔ 55—59 Sgr. — Gerste große 106/115℔ 36—43 Sgr., kleine 100—110℔ 33—40 Sgr. — Hafer 60/78℔ 20—30 Sgr. — Erbsen, weiße Koch- 51—55 Sgr., Futter- 45—50 Sgr., graue 55—80 Sgr., grüne 65—70 Sgr. — Bohnen 55—57 Sgr. — Wicken 40—45 Sgr. — Spiritus loco 15⅝ Rt., pro 8000 %.

Königsberg, 11. März. (K. H. Z.) Wind: O. + 1½. Weizen unverändert stille, hochbunter 130—132℔ 96—97½ Sgr., bunter 125℔ 86½ Sgr., rother 131℔ 95 Sgr. bez. — Roggen stark flau, loco 120—22℔ 56½—57½ Sgr. bez.; Termine matt, 80℔ pr Frühjahr 60 Sgr. B., 59 Sgr. G., 120℔ pr Mai-Juni 59 Sgr. B., 58¼ bz. — Gerste flau, große 100—110℔ 38—45 Sgr., kleine 95—106℔ 33—42 Sgr. B. — Hafer stille, loco 65—75℔ 22—30 Sgr. B. — Erbsen unverändert, weiße Koch- 57—59 Sgr. bez., Futter- 40—53 Sgr., graue 40—80 Sgr., grüne 55—75 Sgr. B. — Bohnen 45—62 Sgr. B. — Wicken 30—50 Sgr. B. — Thimotheum 5—8⅓ Rt. pr Ctr. B. — Leinöl 12⅓ Rt. pr Ctr. B. — Rüböl 13⅓ Rt. pr Ctr. B. — Leinkuchen 65—68 Sgr. pr Ctr. B — Rübkuchen 57 Sgr. pr Ctr. B.

Spiritus. Loco Verkäufer 17 Rt., Käufer 16½ Rt. ohne Faß; loco Verkäufer 18½ Rt. mit Faß; pr März Verkäufer 17 Rt. ohne Faß; pr Frühjahr Verkäufer 19 Rt., Käufer 18½ Rt. mit Faß pr 8000 % Tralles.

Stettin, 11. März. Wetter neblig. Temperatur + 4° R.

Weizen behauptet, loco pr 85℔ feiner gelber 84℔ 81 Rt. bez., bunter Galizischer 73—77 Rt. bez., bunter 75 Rt. bez., weißer Krakauer 80—81 Rt. bez., gelber Galizischer 75—77 Rt. bez., 83 85℔ gelber pr Frühj. 80—79¾ Rt. bez., 80 B., 85℔ 82 Rt. bez., Juli-Aug. 83/85℔ 80¾ bez. — Roggen stille, loco ohne Umsatz, 77℔ Frühj. 48¾—49 Rt. bez., Mai-Juni 48¾ Rt. B., ½ G., Juni-Juli 48¾ Rt. B., Juli-Aug. 48¾ Rt. bez. u. B. — Gerste und Hafer ohne Handel.

Rüböl matt, loco 13 Rt. B., April-Mai 12 11/12 Rt. bez., 13 Rt. Br., 12⅚ Rt. G., Septbr.-Octbr. 12⅚ Rt. B., ⅔ Rt. G.

Spiritus unverändert, loco ohne Faß 17 Rt. bez., März 17 Rt. nominell, Frühjahr 17⅓ Rt. B., 1/12 G., Mai-Juni 17 5/12 Rt. G., ½ Br., Juni-Juli 17¾ Rt. G., ⅚ Rt. B., Juli-Aug. 18⅙ Rt. G., Aug.-Sebtbr. 18½ Rt. B.

Leinöl loco incl. Faß 13⅔ Rt. B., März 13¼, ⅙ bez.

Syrup, Kölner Candis 5½ Rt. gef., ein par hundert Fässer gingen zu nicht bekannt gewordenem Preise um.

Berlin, 11. März. Wind: O. Barometer: 28⁴ Thermometer: 0 Gr. Witterung: neblig.

Weizen pr 25 Schffl. loco 63—80 Rt. — Roggen pr 2000℔ loco 52¼—53¼ Rt., do. März 51¾, ⅞ Rt. bez., Frühj. 50⅝, 51 Rt. bez. u. B., ⅞ G., Mai-Juni 50⅝, ⅞ Rt. bez., B. u. G., Juni-Juli 50⅝, 51 Rt. bez. u. B., 50¾ G., Juli-August 50¾ Rt. bez., Br. u. G. — Gerste pr 25 Schffl. große 34—40 Rt. — Hafer loco 22—25 Rt., pr 1200℔ März 23½ Rt. B., März-April 23½ Rt. B., do. April-Mai 23¾ Rt. B., do. Mai-Juni 24 Rt. B., do. Juni-Juli 24½ Rt. B.

Rüböl pr 100℔ ohne Faß loco 13 Rt. B., März 13 Rt. B., 12 11/12 G., März-April 13 Rt. B., 12 11/12 G., April-Mai 12 23/24, 11/12 Rt. bez. u. G., 13 B., Mai-Juni 12 23/24, 11/12 Rt. bez. u. G., 13 Br., Juni-Juli 13 1/12 Rt. B., 13 G., Septbr.-Octbr. 12 19/24, ¾ Rt. bez.

Spiritus pr 8000 % loco ohne Faß 17⅜, 5/12 Rt. bez., mit Faß 18½ Rt. bez., B. u. G., März 17 13/24, ⅝ Rt. B., 7/12 G., do. März-April 17 13/24, ⅝ Rt. B., 7/12 G., do. April-Mai 17⅔, ¾ Rt. bez. u. G., ⅚ B., do. Mai-Juni 17 11/12, 18 Rt. bez., B. u. G., Juni-Juli 18⅙, ¼ Rt. bez. u. G., ⅓ B., Juli-August 18⅔, ¾ bez. u. G., ¾ B.

Mehl. Etwas leichter zu placiren. Wir notiren für: Weizenmehl Nr. 0. 4⅚—5⅙, 0. u. 1. 4 7/12—4⅚ Rt., Roggenmehl Nr. 0. 3 11/12—4 1/12 0 u. 1. 3½—3⅚ Rt.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 11. März. Wind: Süd zu West.
Angekommen: R. Koch, Herrmann (SD.), Swinemünde, Ballast.
Den 12. März. Wind: Süd-Süd-West.
Ankommend: 3 Yachten.

Fondsbörse.

Berlin, 11. März.

	B	G		B	G
Berlin-Anh. E.-A.	135½	134½	Staatsanl. 56	—	—
Berlin-Hamburg	—	115	no. 53	100¾	100¼
Berlin-Potsd.-Magd.	—	156½	Staatsschuldscheine	90⅝	90¼
Berlin-Stettin Pr.-O.	—	—	Staats-Pr.-Anl. 1855	121½	120½
do. II. Ser.	96¾	96¼	Ostpreuss. Pfandbr.	89	88½
do. III. Ser.	96¾	96¼	Pommersche 3½% do.	92	91½
Oberschl. Litt. A. u. C	—	—	Posensche do. 4%	—	103¾
do. Litt. B.	—	—	do. do. neue	97½	97
Oesterr.-Frz. Stb.	—	131¾	Westpr. do. 3½%	88¼	87¾
Insk. b. Stgl. 5. Anl.	85	84	do. 4%	—	—
do. 6. Anl.	98¾	—	Pomm. Rentenbr.	—	99¼
Russ.-Poln. Sch.-Ob.	81	80	Posensche do.	98¼	—
Cert. Litt. A. 300 fl.	94⅞	—	Preuss. do.	9[illegible]¼	98¾
do. Litt. B. 200 fl.	—	—	Pr. Bank-Anth.-S.	121	—
Pfdr. i. S.-R.	85½	—	Danziger Privatbank	100	99
Part.-Obl. 500 fl.	—	91½	Königsberger do.	97½	—
Freiw. Anleihe	101⅞	101⅜	Posener do.	95	
5% Staatsanl. v. 59	108	107½	Disc.-Comm.-Anth.	91	90
St.-Anl. 50/2/4/5/7/9	—	—	Ausl. Goldm. à 5 Rt.	110⅛	109⅜

Wechsel-Cours.

Amsterdam kurz	142⅞	142⅛	Paris 2 Mon.	79 11/12	79¾
do. do. 2 Mon.	142⅛	141⅞	Wien öst. Währ. 8 T.	72¾	72½
Hamburg kurz	151⅛	150⅞	Petersburg 3 W.	93⅛	92⅞
do. do. 2 Mon.	150½	150⅛	Warschau 90 SR. 8 T.	84½	84¼
London 3 Mon.	6. 21⅜	6. 21⅛	Bremen 100 Rt. G. 8 T.	110⅛	109⅞

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

März	Stunde	Baromet.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
12	8	338,27	+ 1,0	SSW. schwach; hell.
	12	338,29	+ 3,6	S. mäßig; hell und wolkig.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.